



Vor dem Haus der Wohnungswirtschaft plädieren Gewerkschafter, Mieterschützer und Initiativen für eine Regelung analog zum „Frankfurter Modell“. Foto: Anke Hollingshaus

Bündnis gegen Mietpreisexpllosion

ZUSAMMENSCHLUSS DGB, Mieterschützer und Initiativen sehen im SPD-Vorschlag Schritt in die richtige Richtung

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Ein Viererbündnis macht kurz vor der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag Druck beim Thema bezahlbarer Wohnraum. In einer gemeinsamen Aktion vor dem „Haus der Wohnungswirtschaft“, in dem die GWW ihren Sitz hat, forderten Deutscher Gewerkschaftsbund, Mieterschutzbund, die Bürgerinitiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ und die Initiative WISOzial 2030 einen Mietpreisstopp. Konkret stellen sich die vier Initiativen hinter die Idee von Oberbürgermeister Sven Gerich und Sozialdezernent Christoph Manjura (beide SPD), die am Donnerstag auf Antrag der Sozialdemokraten im Rathaus debattiert werden soll.

Wie berichtet, haben beide vorgeschlagen, für einen Zeitraum von zehn Jahren bei den städtischen Wohnungsgesellschaften

eine Begrenzung der Mieterhöhungen auf ein Prozent jährlich festzuschreiben. Dies soll für die frei finanzierten Wohnungen von GWW, GWG und SEG gelten. Davon versprechen sich die beiden Sozialdemokraten, dass der Wiesbadener Mietspiegel nicht weiter in die Höhe schnellte. Eingang in den Mietspiegel finden nur die frei finanzierten Wohnungen. Schnell kam Gegenwind für den Vorschlag. GWW-Geschäftsführer Hermann Kremer lehnte ihn ebenso ab wie die Wiesbadener CDU.

Das überraschte manche, denn in Frankfurt, wo Ähnliches inzwischen als „Frankfurter Modell“ weitaus akzeptiert ist, trägt die CDU das mit.

„In Frankfurt ist die Bewegung gegen die Mietpreisexpllosion stärker als bisher hier“, meint Eva-Maria Winkelmann, Geschäftsführerin des Mieterschutzbundes. „Wir werden

auch hier in den nächsten Wochen und Monaten Druck machen“, kündigt DGB-Vorsitzender Sascha Schmidt an. Winkelmann erinnert daran, dass die Frankfurter Wohnungsgesellschaft trotz dieser Regelung Gewinn machte.

Frankfurter Gesellschaft macht trotzdem Gewinn

Georg Habs von der Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ schlägt vor, dass die Stadt, falls die Gewinne der Wiesbadener Wohnungsgesellschaften nach Einführung der Mieterhöhungs-Drosselung tatsächlich massiv einbrechen sollten, dann ihre Renditeerwartung drosseln könnte. Schmidt: Jeder fünfte Wiesbadener Haushalt müsse 40 Prozent seines Nettoeinkommens für Miete ausgeben, jeder zweite Haushalt 30 Prozent. Mehr als 30 Prozent, fordert Kris-

Kunst für die Initiative WISOzial 2030, dürften es gar nicht sein.

Die vier Mietstopp-Aktivisten weisen auch darauf hin, dass seit 2013 hessenweit 35 000 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen seien. In Wiesbaden gäbe es noch gut 8000 Sozialwohnungen. Allein 3000 Wohnungssuchende mit Anspruch darauf sind für eine solche Wohnung gemeldet. Winkelmann: „Wir denken, es sind bedeutend mehr, die sich nicht melden.“

Zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Wiesbadener Kommunalpolitik über den Anteil von zu bauenden Sozialwohnungen in Neubaugebieten, haben die vier auch eine klare Haltung: Auch sogenannte Altfälle müssten sich an diese Werte halten, die Stadt komme Investoren oft entgegen, wenn diese Wünsche hätten, umgekehrt sollte es ebenso sein. Die Festlegung auf 22 Prozent Sozialwohnungen bei

privaten Bauherren und 30 Prozent bei öffentlichen, halten die vier eher für zu gering. Weitere Forderung: Sozialwohnungen sollten gar nicht aus der Bindung fallen. Damit reagieren Miet-Aktivisten auf Forderungen der CDU, Sozialbindungen müssten verlängert, Bauleitverfahren müssten schneller über die Bühne gehen. Auch wenn man diese Auffassung vertrete, spräche trotzdem nichts gegen die Vorschläge von Gerich und Manjura, die Mietpreiserhöhungen bei GWW und Co. zu beschränken.

DGB, Mieterschützer und die Initiativen sehen auch das Land in der Pflicht: Alle, die Einfluss hätten, also auch die Landtagsabgeordneten, die im Aufsichtsrat der GWH seien, müssten darauf hinwirken, die umstrittene Mieterhöhung im Schelmengraben zurückzunehmen. Die Renditeerwartungen müssten reduziert werden.